

# Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 66 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.00.

Stuttgart  
Mittwoch den 17. Juni  
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zettin (Bundel), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbachstraße 12.

**Inhalts-Verzeichnis.** Rot. Gedicht von Klara Müller. — Für Ordnung, Eigentum und Familie! — Verräter proletarischer Fraueninteressen, nicht Vertreter. — Wir kämpfen für Frauenrecht. — Konstituierender Konsumgenossenschaftstag in Dresden. Von Henriette Fürth. — Koalitionsfreiheit! Von Luise Zieg. — Aus der Bewegung. — Feuilleton. — Notizenteil: Weibliche Fabrikinspektoren. — Soziale Gesetzgebung. — Bürgerliches Recht der Frau. — Frauenbewegung.

## Rot.

Die rote Fahne nieder  
Heb' ich in heller Glut,  
Ein Strom jungfräischer Lieder  
Seht brausend durch mein Blut.  
Zerrißene Ketten fallen  
Mir klirrend von Hand und Fuß;  
Euch, meinen Brüdern allen,  
Biet' ich den Frühlingsgruß.

Ich hab' ihn selbst durchrungen;  
Den harten Kampf der Zeit;  
Meine Laute war zersprungen  
Von rauhem Stoß und Streit.  
Mit schwielenfesten Händen  
Hab' ich sie neu bespannt — —  
Mein Volk, nun will ich senden  
Dir meinen Gruß ins Land:

Ich knie an deinem Lager,  
Zertretener Proletar,  
Dein Antlitz, fahl und hager,  
Stell' ich den Sternen dar.  
Freiluft in deine Stuben!  
Seh' lachend in den Tod —  
Ich hebe deinen Buben  
Ins leuchtende Morgenrot!

Durch schweigende Wälder schreit ich,  
Ich lausche der Wogen Gebräus;  
Über schwangere Felder breit' ich  
Die Hände segnend aus.  
In Gärten, die zertreten,  
Führt mich der flüchtige Lauf —  
Da blühen auf allen Beeten  
Die roten Nelken auf.

All', wo ich Samen streue,  
Grüßt mich das heilige Rot,  
Das durch des Himmels Bläue  
Als Flammenzeichen droht,  
Das tief im Menschenherzen,  
Ein heißer Blutstrom bebt,  
Und über dem Heer der Schmerzen  
Als loderndes Banner schwebt!

Die rote Fahne nieder  
Faß' ich mit festem Mut:  
Wildtrotzige Freiheitslieder  
Brausen durch mein Blut.  
Ein Hallen und ein Dröhnen  
Kommt weither über Land — — —  
Der Freiheit starken Söhnen  
Reich' ich die Schwesterhand.

Klara Müller.

### Für Ordnung, Eigentum und Familie!

Wie vor Jahren und Jahren, so erfolgt auch in diesem Reichstagswahlkampf der Sturm auf und die Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie unter dem ohren- und philisterbetäubenden Geschrei: für Ordnung, Eigentum und Familie! Welch schamlose Falschmünzerei der Worte und Tatsachen! Uns deucht, wir hörten ein Gemisch von Hohngelächter, Seufzen, Klagen, Verwünschungen und Sehnsuchtschreie als Antwort darauf. Unaufhaltsam bricht es hervor aus den vielmillionenköpfigen Massen der Enterbten, für welche der Kapitalismus mit rücksichtslosester Brutalität Ordnung, Eigentum und Familie vernichtet.

Gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie wollen sie die Ordnung schützen, die bürgerlichen Parteien, die Ordnung der kapitalistischen Gesellschaft. Was enthält sich von dieser Ordnung der Arbeiterin, die gegen kärglichen Lohn in saurem Mühen fremdem Reichtum fronden muß, was der proletarischen Hausmutter, die mit Arbeitsqual und Sorgen überbürdet ist, weil der Mann für sein schweres, aufreibendes Schaffen vom Arbeitgeber gar so wenig erhält? Die fleißigste Arbeit muß nicht selten darben vor leeren Schüsseln sitzen, der ausbeutende Reichtum kann — auch wenn er müßiggeht — vor prächtigen Gefäßen prassen. An dem einen Pole der Gesellschaft geistige Nacht und Unfreiheit für Millionen, mag die Begabung der einzelnen noch so groß, ihre Bildungs-

sehnsucht noch so glühend sein; an dem anderen Pole Bildung und Kultur als Vorrecht einer winzigen Minderheit, die sich oft genug mit dem Scheine statt des Seins geistiger Entwicklung begnügt und die Kultur zum wahnwitzigen Raffinement erniedrigt. Als Loß der vielen die unabwendbare Notwendigkeit, den Nacken unter das Joch schwerer wirtschaftlicher Fron zu beugen, welche erbarmungslos alles Menschenrecht zertritt; die zahllosen Geißelhiebe zu ertragen, welche die soziale Herrengewalt des Reichtums auf ihren Rücken niedersausen läßt. Auf der anderen Seite die riesige Macht weniger, zu herrschen, zu knechten, das empörendste Unrecht zum Gesetz zu erheben. Heute im Zeichen erhofften hohen Gewinnes eine zügellose Entfesselung aller Kräfte des Wirtschaftslebens, welche die ausgebeuteten Frauen und Männer zur fieberhaften Anspannung von Hand und Hirn zwingt. Morgen die wütende Krise, welche die Erzeugnisse des menschlichen Fleißes und Scharfsinns entwertet, Scharen von Beschäftigungslosen, von Brotlosen, Heimatlosen schafft. Reiche Ernten, welche den Massen billiges Brot, billige Nahrung geben könnten, gelten als Unheil, weil sie „die Preise drücken“, den Profit der Bodenbesitzer und Händler zu schmälern drohen. Verbesserungen der Arbeitsmittel, sinnreiche Arbeitsverfahren, welche Mühe und Dauer der Arbeit herabmindern könnten, welche ihren Ertrag märchenhaft steigern, verwandeln sich aus einem Segen für alle in einen Fluch für die Werktätigen, denen sie Kürzung der Löhne und damit stärkere

Ausbeutung der Kräfte bringen, Unsicherheit der Existenz, ja vielfach den Verlust des Verdienstes. Fürwahr eine herrliche Ordnung, die es wert ist, gestützt und geschützt zu werden!

Wie aber steht es um das Eigentum, zu dessen treuer Gut die bürgerlichen Parteien sich gegen „die radikale Motte“ zusammenschließen? Der Kapitalismus schafft Riesenvermögen, die nicht der Ertrag der eigenen Arbeit sind, vielmehr die Frucht der ausgebeuteten Arbeit anderer, deren Schweiß, ja oft deren Blut daran hängt — man denke allein an die Kranken und Krüppel, die auf dem „Schlachtfeld der Industrie“ als Opfer fallen. Millionäre züchtet er auf der einen Seite, Bettler dafür auf der anderen. Wo ist das Eigentum der breiten Massen, die vom grauenenden Morgen bis in die sinkenden Nacht hinein mit schmerzenden Rücken, leuchtender Brust, müden Gliedern und mattem, stumpfen Hirne sich mühen? Es liegt als der Besitz ihrer Herren, ihrer Ausbeuter in Vorratskellern und Läden, in anmutigen Villen und stolzen Palästen. Die Werttätigen selbst haben die Hände leer. Nichts oder wenig mehr ist ihr eigen als ihre Arbeitskraft, und nicht einmal über sie können sie frei, nach Bedürfnis oder Wünschen verfügen. Die Not, der Zwang, leben zu müssen auf Grund ihrer Arbeit, und die Unmöglichkeit, ohne die großen modernen Arbeitsmittel heute lohnend schaffen zu können, verwandeln ihre Arbeitskraft aus ihrem Eigentum in das des Kapitalisten, der sie kauft und zahlt. Er plündert die von ihm abhängigen Arbeiter und Arbeiterinnen gründlicher aus, als der „äußere Feind“ es tun könnte, der als Schreckbild für die Gegner des Militarismus an die Wand gemalt wird. Die kapitalistische Ausbeutung raubt den Habenichtsen Nachtruhe und Sonntagserholung, Luft, Licht und Sonnenschein, Vogelgezwitscher und Blumenduft, Bildung, Kunstgenuss und Familienglück, Gesundheit, Lebenskraft, ja das Leben selbst. Wie zahllose Proletarierinnen haben das nicht im eigenen Leben, im Leben der Ihrigen erfahren! Die kapitalistische Ordnung schützt das Eigentum nach dem Grundsatz: die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen. Kein Wunder das. Sie beruht auf einer Wirtschaftsweise, deren Wesen die Auspöderung der Massen zu Nutz und Frommen weniger ist. Welch freche Lüge, angesichts der proletarischen Klassennot von der Heiligkeit des Eigentums zu sprechen!

Und wie liegen die Dinge in betreff der Familie, welche die bürgerlichen Parteien wider ihre Zertrümmerung durch die Sozialdemokratie schirmen wollen? Bei den oberen Zehntausend hat der Besitz meist die sittliche Grundlage des Familienlebens zertrümmert. Nicht die Liebe führt die Gatten zusammen, vielmehr der Geldsack oder Vorteil. Höchstens gemeinsamer Genuß, kein ernstes Lebenswerk von Pflichten hält sie vereinigt. Konvention, Heuchelei, Brutalität, oft genug der Ehebruch, Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit zwischen Eltern und Kindern: das ist der Inhalt, den die Familie in den obersten sozialen Schichten umschließt. An dem Verfall der Familie im Klein- und Mittelbürgertum arbeitet unaufhaltsam das Großkapital, das die kleinen wirtschaftlichen Existenzen zermalmte oder ihre Selbstständigkeit vernichtet, die Träger liberaler Berufe ins Proletariat hinabstößt. Mit den widerwärtigsten Kniffen und Pfiffen geht die Mutter dem Schwiegerjohnsang, die Tochter der Männerjagd nach. Als Versorgungsanstalt wird die Ehe gesucht, aber immer seltener gefunden. Es wächst die Zahl der bürgerlichen Frauen, die außerhalb des Hauses Brot oder wenigstens Nebenverdienst suchen müssen, für welche das Familienleben zum leeren Schall geworden ist, weil die Erwerbstätigkeit die Persönlichkeit auffaugt. Und was läßt die kapitalistische Ausbeutung in der Welt der Arbeit vom Familienleben übrig? Der Mann ist so langer, aufreibender Arbeitsschein untertan, daß er in der Familie abends und Feiertags vor allem Ruhe sucht und nur herzlich wenig für Frau und Kinder übrig hat. Die Ausbeutung raubt der Frau schon als Kind und junges Mädchen die Kräfte, die sie zur gesunden Mutter eines gesunden Nachwuchses machen könnten. Es bleibt ihr die Möglichkeit vorenthalten, sich zur einsichtsvollen Hüterin und Erzieherin ihrer Söhne und Töchter auszubilden. Eine erdrückende Fülle von Arbeiten und Sorgen tötet die Frische und Heiterkeit des Gemüts, deren die Jugend wie Sonnenschein bedarf. Das Wenige, was die Mutter trotz allem ihrem Fleisch und Blut sein und geben könnte, wird diesem mehr und mehr entzogen. Von

Jahr zu Jahr schwillt das Heer der verheirateten Proletarierinnen an, die durch ihre Berufsarbeit das Einkommen der Familie vermehren, vielleicht zeitweilig allein für sie sorgen müssen. Nur noch nebenbei können sie Gattinnen, Mütter sein. Für den pflichtreichen Kreis des häuslichen Wirkens bleiben nur Brosamen an Zeit und Kraft, welche die kapitalistische Ausbeutung von ihrem Tische fallen läßt. Was schiebt es den profitlüsternen Unternehmer, wenn im Arbeiterheim Kinder ohne Betreuung weinen, verunglücken, verkommen? Unbarmherzig wie Shylock besteht er auf seinem „Schein“. In Hunderttausenden von Fällen läßt das Kapital das Heim aus einer Stätte des Schutzes für die Kinder zur Arbeitshöhle entarten, in welcher ihre Gesundheit, ihre geistigen und sittlichen Kräfte für ein paar Bettelgroschen geopfert werden. Die Sorge um die tägliche Notdurft reißt die Angehörigen auseinander, oft ist die Familie nicht einmal mehr Tischgemeinschaft, sie schrumpft zur bloßen Schlafgenossenschaft zusammen! Welch blutige Verhöhnung dessen, was die Familie sein soll!

Die Sozialdemokratie kämpft nicht gegen Ordnung, Eigentum und Familie, wenn sie gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpft, umgekehrt: sie kämpft für diese Güter. Sie steht in der Schlacht, um den Boden zu erobern für eine Ordnung des Rechtes und der Gerechtigkeit, eine Gesellschaft von gleichverpflichteten und gleichberechtigten Arbeitenden, in der jedes Glied der Allgemeinheit sein Plätzchen am Tische des materiellen und kulturellen Reichtums gedeckt findet, in der jeder zur Entfaltung seiner leiblichen und seelischen Kräfte berufen ist. Sie fordert, daß das Eigentum aus einer Macht weniger zu einem Rechtsanspruch Aller am Gesellschaftsbesitz werde. Sie strebt darnach, die Familie als sittliche Einheit aufzubauen, welche von allen Schlacken, allem Schmutz wesenfremder Rücksichten befreit ist und die Menschheit nicht bloß fortpflanzt, sondern auch „hinaufpflanzt“. Ihren hehren Idealen entsprechend ist deshalb ihr Ziel die Beseitigung des Privateigentums an den kapitalistischen Produktionsmitteln und die Überführung derselben in den Besitz der Gesamtheit. Denn mit dem Privatbesitz an diesen Produktionsmitteln schwindet die Ursache der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, welche für die Massen Ordnung, Eigentum und Familie aufhebt. Die Proletarierinnen treten mit flammender Begeisterung für den Sieg der Sozialdemokratie am 16. Juni ein, weil sie die einzige Partei ist, welche den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben hat. Das Gelärme und Getöse der bürgerlichen Parteien vermag sie nicht zu schrecken. Sie wissen, daß am Horizont des geschichtlichen Kampffeldes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten das leuchtende Ziel einer höheren sozialen Ordnung strahlt. Sie wissen, daß auch der Sieg der Sozialdemokratie in dem Reichstagswahlkampf sie diesem Ziele einen Schritt näher führt. Vorwärts allweg!

### Verräter proletarischer Fraueninteressen, nicht Vertreter.

Das frauenrechtlerische Fähnlein der Sieben Aufrechten von Fräulein Augsburg preist bekanntlich den deutschen Frauen den Freisinn als den besten Vertreter ihrer Interessen an und fordert zu Hand- und Spanndiensten für ihn auf. In folgendem ein kurzer, durchaus nicht vollständiger Überblick über die Art und Weise, wie die Wasserstiefler um Eugen Richter die Interessen der proletarischen Frauen nicht vertreten, sondern zertreten haben.

In dem gewaltigen Ringen gegen den Zollwucher waren die Freisinnsmänner laue und flauere Kämpfer. Und mehr noch: Richter hat sich unter dem stürmischen Jubel der zolltolle Mehrheit als Schrittmacher des kraut- und schlotjunferlichen Beutezugs betätigt, als Beschöniger der Zertrümmerung des parlamentarischen Rechtes der Minderheit. Der Freisinn hat aus Haß gegen die Sozialdemokratie drei Brotwucherer in den Reichstag geholt, 1899 in Pirna einem Antisemiten, 1900 in Forchheim-Kulmbach einem zöllnerischen Nationalliberalen, 1901 in Memel-Heidenkrug einem reinblütigen Agrarier.

Im „Sozialistenpiegel“ erklärt sich der Vater der unsterblichen „Spar-Agnes“ dagegen, daß die indirekten durch direkte Reichssteuern ersetzt werden. Mit anderen Worten: er will die Besteuerung des Hungers statt der Belastung des Reichtums. Die Haltung der Freisinnigen in den Gemeinderäten entspricht durchaus dem Richterischen Standpunkt.

Der Freisinn verwirft zwar große Heer- und Marineforderungen, aber er ist stets zum Bewilligen des „Nötigen“ bereit, er hat ein Herz für Kanonentredite, er bewilligte die Millionen, die für Kiautschou verpulvert und ins Wasser geworfen wurden. Er kämpft nicht grundsätzlich für Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der Volksbewaffnung, denn im Stillen ist er der Meinung, daß das „herrliche Kriegsheer“ eine treffliche Einrichtung zur Niederknüttelung des „inneren Feindes“ sei.

An der Knebelung des parlamentarischen Rechtes der Minderheit, das heißt im letzten Grunde an der Verschlechterung des politischen Rechtes der Massen, die hinter der Minderheit stehen, tragen die um Richter, wie bereits angeführt, ihr gerüttelt und geschüttelt Maß Schuld. Sie haben das wichtigste Recht des Reichstags preisgegeben: Richter wendete sich in seinem Organ gegen die Einberufung des Reichstags, um die Regierung zur Verantwortung zu ziehen ob der verfassungswidrigen Entsendung von Truppen zur Hunnexpedition. Der Freisinn hat im preussischen Landtag in der schwächlichsten Weise gegen das schlechteste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem, gekämpft. Er hat sich in der Berliner Gemeindevertretung gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Kommunalwahlrecht gewendet und eine Steuerleistung als Grundlage des Wahlrechtes gefordert. In Kiel und Halle hat er das ohnehin schlechte Gemeindevahlrecht noch reaktionärer gestaltet. Das Reichstagswahlrecht ist bei ihm in schlechter Hut. Der freisinnige Zwiel erklärte in diesem Wahlkampf: Das Bürgertum müsse sich im Reich, Staat und Kommune endlich denjenigen Einfluß sichern, der seiner Intelligenz und seiner Steuerkraft entspreche. Nicht dürfe die rohe Masse mit dem Stimmrecht in der Faust Gesehe diktieren.

Ein freisinniger Abgeordneter stimmte im Landtag zu Anhalt der Bestrafung des Kontraktbruchs der Landarbeiter zu. Bei dem Buchdruckerstreik von 1891 forderte Richter einen Buchdruckereibesitzer mit den berüchtigt gewordenen Worten zur Lahmlegung des gewerkschaftlichen Kampfes auf: „Stellen Sie doch Mädchen ein.“ Als der Konfektionsarbeiterstreik 1896 das himmelschreiende Glend vieler Jehn-tausende von Arbeiterinnen enthüllte, war die freisinnige Partei die einzige, die keine Stellung dazu nahm. Ein Minister Berlepsch, ein Heyl von Herrnsheim erklärten den Ausstand für berechtigt, der Freisinn schwieg, denn er „nimmt grundsätzlich zu schwebenden Streiks keine Stellung“. In Hferlohn forderte das offizielle Organ der Richterfischen zum schärferen Vorgehen gegen die Streitenden auf. Es schrieb: „Auch wir sind der Ansicht, daß sich auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zum Schutze der Arbeitswilligen mehr tun läßt als bisher.“

In der Kommission zur Beratung des Bürgerlichen Gesehbuchs stimmten die beiden freisinnigen Mitglieder gegen die Aufhebung der Gesindeordnungen. Sie gaben damit den Ausschlag für den Fortbestand dieser mittelalterlichen Ausnahmegeesegebung schlimmster Art. Erst als die Beibehaltung der Gesindeordnungen gesichert war, stimmten die Freisinnigen für die aussichtslos gewordenen Anträge zu ihrer Beseitigung.

Der Freisinn hat durch seinen Vertreter Gutfleisch in der berüchtigten Verschlechterungskommission wacker mitgeholfen, daß die Gewerbeordnung von 1891 in wesentlichen Bestimmungen verbößert wurde. Er tritt zwar für den gesehlichen Schutz der Arbeiterinnen ein und ist bereit, ihnen den Jehnstundentag zu gewähren, dafür aber steht er in erbittertester Feindschaft dem Normalarbeitstag für Männer gegenüber. Den Neunuhrladenschuß weist er zurück, und der spottschlechte Schutz der Angestellten im Gastwirtsgerwebe geht dem freisinnigen Crüger noch zu weit. Bei Beratung des Kinderschutzgesehes besürwortete Schulinspektor Zwiel eine „mäßige Kinderarbeit“, Bräufice zog Arm in Arm mit den Jhenpfligen und Kölerigen gegen die Ausdehnung des Kinderschutzes auf die Landwirtschaft zu Felde.

Die Krankenversicherung, die so große Kreise von Arbeiterinnen und Arbeitern ohne Fürsorge läßt, geht in bezug auf ihre Ausdehnung den Freisinnigen noch zu weit! Sie sind Begner der Alters- und Invaliditätsversicherung, und „die schrittweise Aufhebung des ganzen Gesehes“ scheint ihnen als „das allein richtige“.

Was die speziellen Frauenforderungen anbelangt, so ist ihre Haltung allzeit schwächlich und halb gewesen. Ihr Programm enthält einen darauf bezüglichen Passus, welcher das Gepräge vorurteilsvoller Philisterhaftigkeit trägt. Er lautet: „Das Erwerbsgebiet für das weibliche Geschlecht soll erweitert werden, jedoch ohne Beeinträchtigung des wichtigsten Berufs der Frau als Gattin und Mutter.“ Anerkannt sei, daß die Freisinnigen für das Frauenwahlrecht zu den Gewerbeberechtigten gestimmt haben, allein das politische Frauenwahlrecht ist ihnen ein Gegenstand des Abscheus und ödesten Biertischspottes. Sie haben nicht mit der völligen Energie für die Erweiterung und Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes des weiblichen Geschlechtes gekämpft. Sie ließen es jahrelang gesehen,

daß polizeiliche Schneidigkeit und juristische Fündigkeit die lerge Bewegungsfreiheit der Proletarierinnen im politischen Leben noch mehr einengten, ja raubten.

Die proletarischen Frauen, welche dringend Erleichterung ihrer Lasten, Vermehrung ihres Schutzes, Erweiterung ihrer Rechte bedürfen, können unmöglich ihre Interessenvertreterin in einer Partei erblicken, welche dazu beigetragen hat, die Bürden des Volkes zu erschweren, den Schutz der Ausgebeuteten gegen des Kapitals Gewalt hintanzuhalten oder zu verflümmern, das Recht der Massen an eine reaktionäre Mehrheit und an eine reaktionäre Regierung auszuliefern. Bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erscheint der Freisinn, trotz seiner Sünden, als ein Träger des Fortschritts und der Freiheit. Erklärlich genug! Eine Krähe haßt der anderen die Augen nicht aus. Die Damen möchten zwar die Gesellschaft zu gunsten der Frau reformieren, aber sie wollen diese Gesellschaft selbst nicht zu gunsten des Proletariats und seiner Befreiung antasten. Das Interesse ihrer Klasse ist ihnen naturgemäß wichtiger als das Interesse ihres Geschlechtes. Sei's drum. Aber nur die ausgewachsene Narretei könnte wähnen, daß Proletarierinnen die Freisinnigen je als etwas anderes einschätzen denn als Verräter ihrer Interessen. Ihre Klassenlage hat ihnen den Platz angewiesen, der ihnen in den Tageskämpfen sowie in der großen letzten Schlacht um den Birkenbaum zukommt, wo ein Hüben und Drüben nur gilt! Er ist nicht im Lager frauenrechtlerischer Reform, er ist im Lager der sozialen Revolution.

## Wir kämpfen für Frauenrecht.

Je wichtiger die Interessen der ausgebeuteten Massen sind, die in diesem Reichstagswahlkampf auf dem Spiele stehen, um so bitterer muß es die aufgeklärte Proletarierin empfinden, daß sie politisch rechtlos ist. Die Höhe und Sicherheit ihres Verdienstes und des der Jhrigen ist durch den Zollwucher bedroht; künstlich heraufbeschworene Teuerungspreise stehen in Aussicht; Militarismus, Marinismus und Kolonialspott fressen die Reichsmittel auf, zwingen zum festeren Anziehen der indirekten Steuerschraube und bedürden das Reich mit Schulden über Schulden; die Arbeiterschutzesgebung, die soziale Reform kränkeln blutarm, bleichsüchtig dahin, die Kapitalistenfürsorge gedeiht und hat blühende Wangen; die Koalitionsfreiheit wird durch allerhand Kniffe und Pfiffe gelnebelt, das Reichstagswahlrecht schwebt in Gefahr, gemeuchelt zu werden: der proletarischen Frau aber ist es verwehrt, durch Abgabe ihres Stimmzettels an der Gestaltung der Zustände mitzuarbeiten und dadurch ihre Interessen zu verteidigen. Welch schreiendes Unrecht!

Was tünden denn all die reaktionären, reformbedürftigen Verhältnisse und Einrichtungen unseres politischen, unseres sozialen Lebens der Proletarierin, ganz gleich, ob sie als Arbeiterin dem Kapital zins- und tributpflichtig ist oder als Arbeiterfrau im Haushalt eines kapitalistischen Lohnsklaven schaltet und waltet? Die eine große Tatsache, daß die kapitalistischen Sippen ihre Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt im Wirtschaftsleben zum schweren Schaden der werktätigen Millionen ergänzen und vervollständigen durch ihre politische Macht. Die politische Macht der ausbeutenden Klassen gleicht der starken Burg der mittelalterlichen Raubritter; in ihr liegen sie im Hinterhalt, von ihr aus brechen sie über die frondenden Habsichtse herein. Und wehe diesen! Die Raubritter unserer Tage lassen ihrer nicht spotten. Sie brauchen und mißbrauchen ihre politische Macht, um zu Nutz und Frommen des Geldsacks die werktätigen Massen harter wirtschaftlicher Ausbeutung und Knechtung zu unterwerfen, um sie im Staatsleben auszupowern und zu unterdrücken, um ihre wirtschaftliche und soziale Unterwerfung unter das Kapital womöglich für immer aufrecht zu erhalten. Die wichtigsten Einrichtungen und Vorschriften unseres Staatslebens tragen das Brandmal: Kapitalistenmacht geht über Arbeiterrecht, über Menschenrecht.

Das spürt die Arbeiterin, die in ihrem Arbeitsverhältnis vom Staate mehr auf Trug denn auf Schutz rechnen muß; die in ihren Existenzbedingungen durch Teuerungspreise geschädigt wird, welche durch Steuern und Abgaben heraufbeschwoeren werden, durch erbärmliche Volksschulzustände u.; der Rechte vorbehalten bleiben, deren sie bedürfte, um sich gegen die Auswucherung ihrer Kräfte, gegen soziale Bedrückung wehren zu können. Das empfindet aber auch die Hausfrau, sei es als Rückwirkungen der staatlichen Eingriffe in die Existenz der Jhrigen, sei es unmittelbar durch Beeinflussung ihres eigenen Wohles und Wehes.

Des Lebens Not lehrt denken. Sie paukt den Proletarierinnen die Erkenntnis ein, daß sie ihre Interessen gegen den politischen Einfluß der Kapitalistenklasse schützen müssen, der verhängnisvoll ihr Leben beeinflusst. Gegen Macht hilft aber nur Macht. Der politischen Macht des Ausbeutertums muß die politische Macht der Aus-

gebeteten entgegengestellt werden. Die Proletarierin fordert deshalb die Möglichkeit, als gleichberechtigte Staatsbürgerin mit ihren männlichen Klassengenossen kämpfen, die Macht des gesamten Proletariats mehren zu können. Sie verlangt unbeschränktes und gesichertes Vereins- und Versammlungsrecht, sie verlangt das Wahlrecht. Die proletarische Frau kann der vollen Vereins- und Versammlungs-freiheit nicht entraten, denn sie bedarf zum Schutze gegen die Kapitalsherrschaft der Aufklärung und Disziplin, welche die Organisation verleiht, der Macht, welche der Zusammenschluß vieler auch hinter den einzelnen Schwachen setzt. Ihre Rechtlosigkeit auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungslebens ist um so unerträglicher, als sie wieder und wieder als Vorwand herhalten muß, daß kapitalistische Behörden das Koalitionsrecht illusorisch machen, die Lohnflavin hindern, sich gewerkschaftlich zu organisieren, gewerkschaftlich zu kämpfen. Die Proletarierin kann aber auch das Wahlrecht nicht entbehren. Als Wählerin wie als Gewählte muß es ihr möglich sein, an den gesetzgeberischen Arbeiten teilzunehmen, ihre Interessen zu wahren, gegen die kapitalistische Ordnung zu kämpfen.

Es ist eine Ungerechtigkeit schmachvollster Art, daß in unserer Zeit der Frau ihre volle politische Gleichberechtigung vorenthalten wird. 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen weiblicher Erwerbstätiger legen im Deutschen Reich Zeugnis davon ab, daß sich eine radikale Umwälzung in der wirtschaftlichen Stellung der Frau, damit aber auch in ihrem Abhängigkeitsverhältnis vom Manne, von der Familie vollzogen hat. Diese Umwälzung bringt ihr die zahlreichen, wichtigen Interessen zum Bewußtsein, die sie mittels politischer Rechte im öffentlichen Leben verteidigen müßte. Sie zieht einen Umschwung des Denkens nach sich und bewirkt, daß jahrhundertlang schweigend getragenes Unrecht schmerzlich empfunden, grimmig gehaßt wird. Die Existenz von Millionen erwerbstätiger Frauen weist die Sinnlosigkeit, ja den Widersinn des spießbürgerlichen Vorurteils gegen die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes nach. Die Gesetzgebung jedoch steht trotz alledem im Zeichen des Unrechtes und des Vorurteils!

Die Proletarierin muß ihr politisches Bürgerrecht erkämpfen. Eine Närrin wäre sie, wollte sie in ihrem Kampfe ums Recht, um Macht Förderung von der bürgerlichen Frauenrechtelei erhoffen. Das bestätigen sinnenfällig die Vorgänge der letzten Zeit. Die frauenrechtlerische Organisation, welche den Kampf für das Frauenstimmrecht auf ihre Fahne geschrieben — der Verein für Frauenstimmrecht —, löst die Inschrift aus. Sie hat von vornherein nicht gewagt, die Forderung des Frauenwahlrechtes in ihr Wahlaktionsprogramm aufzunehmen. Ihre Führerinnen haben die Gnade, als Schutztruppen des Kapitalismus mit den bürgerlichen Parteien zusammen kämpfen zu dürfen, mit der Preisgabe der wichtigsten Forderung jeder Frauenbewegung erkaufte. Die Frauenrechtelei insgesamt hat darauf verzichtet, in Preußen das dürftige Fehden Recht zu politischer Organisation zu nutzen, das die Gesetzgebung der Frau während der Wahlzeit nicht versagt. Das ist mehr als Schwäche, das ist Verrat am Frauenrecht!

Als treuer Bundesgenosse steht allein die Sozialdemokratie hinter der Proletarierin, die für die volle politische Gleichberechtigung des

weiblichen Geschlechtes kämpft. Und das nicht bloß, weil sie ihrem demokratischen Wesen entsprechend gleiches Recht für alle fordert und weil sie mit vorurteilslosem Blicke die erfolgte Umwandlung im Tun und Sein der Frau würdigt. Das Interesse der proletarischen Klasse selbst, das der Polarstern ihres Handelns ist, zwingt sie dazu. Je wichtiger die Rolle wird, welche die Frau in unserem modernen Wirtschaftsleben spielt, je schärfer der Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen sich zuspitzt, je fühlbarer er mit seinen Wirkungen in das Leben des einzelnen und der Familie hineingreift: um so bedeutsamer, ja unentbehrlicher wird es, daß die Proletarierin aufgeklärt und organisiert die Schlachten ihrer Klasse um Brot, Bildung und Freiheit mit schlagen hilft. Erst die Zuerkennung voller politischer Gleichberechtigung aber macht sie für diese Schlachten ganz wehrfähig. Die politische Gleichberechtigung legt ihr die Waffen in die Hand, mit welchen der Mann gegen seine Ausbeuter und Bedrücker im Wirtschaftsleben wie im Staate sichts. So wurzelt das Eintreten der Sozialdemokratie für volles Frauenrecht in dem festesten Boden. Im Kampfe mit der Sozialdemokratie, für die Sozialdemokratie gilt es, dem Kapitalistenstaat das politische Bürgerrecht des weiblichen Geschlechtes zu entreißen. Die klassenbewußten Proletarierinnen empfinden es als Pflicht und als Ehre, alle Kräfte für den Sieg der Sozialdemokratie am 16. Juni einzusetzen. Er ist eine Bürgschaft, daß die Stunde ihrer Gleichberechtigung als Frauen näherrückt. Mit lähler Ruhe können sie deshalb im Hinblick auf die schwächliche Haltung der Frauenrechtelei in der Frage des Frauenwahlrechtes erklären: Mögen die Damen unter sich mit Frauenrecht spielen, wir kämpfen für Frauenrecht!

### Konstituierender Konsumgenossenschaftstag in Dresden.

„Solange wir noch die Macht haben!“ Das war das Eingeständnis, mit dem die Altersschwäche im September des vergangenen Jahres den schönen Rechtsbruch begründete, durch den an 100 Vereine vom Verband deutscher Genossenschaften ausgeschlossen wurden. Die Entrüstung über diesen Akt der Ungerechtigkeit und Willkür war eine ebenso allgemeine wie die Freude, mit welcher der augenblicklich erfolgende vorläufige Zusammenschluß der ausgeschiedenen Vereine begrüßt wurde. Und nun hat, kaum acht Monate später, in Dresden die konstituierende Versammlung des neuen Zentralverbandes (wie man ihn genannt hat) stattgefunden, bei dem 7 Verbände, 302 Konsumvereine mit 621 Delegierten und die Großeinkaufsgesellschaft vertreten waren. Die 7 Verbände repräsentieren 585 Vereine, von denen 490 statistische Daten eingesandt hatten. Darnach haben sie 439588 Mitglieder, die in 1165 Verkaufsstellen bei einem Umsatz von 103455615 Mark im eigenen Geschäft einen Reingewinn von 11889123 Mark erzielten. Nun gibt es in Deutschland etwa 2000 Konsumvereine mit ungefahr einer Million Mitglieder und einem Jahresumsatz von 200 bis 250 Millionen Mark. Ein Vergleich der beiden Zahlenreihen ergibt ohne weiteres, wie mächtig der junge Verband heute schon ist

### Ein Streber.

Von Philipp Langmann.

(Schluß.)

Beim Fabrikator war lebhafteste Bewegung von Kommenden und Forteilenden. Der Hausmeister, ein schnauzbärtiger Schmerbauch, tat, als ob er scharf zusähe, ein Weib, die Schürze um die Hände gewickelt, stand pflichtgemäß neben ihm, und auch der Wächter mit brennender Laterne zeigte sich geschäftig; denn der leitende Ingenieur stand an der Tür und schien jemanden zu erwarten. Mürrisch beantwortete er die Grüße der an ihm Vorbeigehenden und sah den Weibern scharf in das Gesicht. Die Laterne, welche der Hausmeister in der Rechten hielt, ließ in der finsternen Morgenstunde wenig unterscheiden.

„Halten Sie das Licht höher!“ —

Die Männer, die sich derart inquisitorisch gemustert sahen, konnten ein Nücheln nicht verbergen, die Mädchen machten aus ihrem Unwillen kein Hehl.

„Schwabin! — Sie bleiben hier, gehen Sie in die Stube. Marsch!“ —

Er selbst verharnte ernst, bis der letzte seiner Arbeiter hinausgegangen war, besah drohend die zu spät Kommenden und ging dann tief verdrossen, von dem Ehepaar begleitet, in dessen Wohnung; einer seiner jüngeren Gehilfen, welcher die Szene von ferne

beobachtet hatte, folgte ihm, nichts Gutes ahnend, und schloß die Türe hinter sich.

In der Ecke der geräumigen, schwach erhellen Küche stand die Alte. Sie war nicht aufgeregt, denn ein großes Unglück läßt uns mit seinen ersten Schlägen scheinbar kalt, so wie ein Eisen, in die hellste Blut gebracht, nicht sofort zu glühen beginnt. Sie sah traurig herein.

„Hausmeisterin, ziehen Sie ihr die Fegen ab!“ —

Es war nicht notwendig; die Schwabin entkleidete sich ohne Säumen und stand bald da in Hemd und Unterrock. Das gestohlene Baumwollzeug umhüllte sie von den Achselhöhlen bis zum Knie.

„Abwickeln,“ herrschte er heiser.

Langsam begann sie sich zu drehen, indessen die Hausmeisterin das Ende des Stückes faßte und Falte um Falte abzog. Ihr Jüngstes, ein kleines Mädchen, das von dem Lärm wach geworden, kam im Hemdchen herbeigelaufen und sah erstaunt dem Tanze der Greisin zu. Auf dem Sparherde summten die Töpfe, ein Kästchen haschte nach den bewegten Falten.

Die Schwabin begann zu wanken und die letzte Drehung, als das Ende des Stückes sich von ihr ablöste, hätte sie beinahe zu Fall gebracht, sie hielt sich an das Vierjährige fest und blieb wie im Schwindel gebückt stehen.

„So weit haben Sie es gebracht! — Haben Sie nicht einen

und mit wieviel Recht man die soeben erfolgte Gründung als einen Markstein in der Entwicklung des deutschen Konsumvereinswesens ansehen kann. Und betrachtet man, frei von Augenblickserwägungen und Einflüssen, die Dinge nach ihrer inneren Notwendigkeit und ihren Zusammenhängen, so tritt uns als wesentliches Ergebnis das eine entgegen: die Kreuznacher Trennung war notwendig, und Herr Crüger wird, wenn auch nicht erfreut, so doch jedenfalls sehr erstaunt gewesen sein, als er die unbeabsichtigten Folgen seiner ungerechten Machtprobe überblickte und sich als einen Teil von jener Kraft entdeckte, die stets das Böse will und stets das Gute schafft: auf der einen Seite sind die mittelständlerischen Kreditvereine verblieben, die sich die Danaidenaufgabe gestellt haben, ein untergehendes Wirtschaftsgebilde stützen und erhalten zu wollen, auf der anderen Seite die jungkräftigen Vertreter einer zukunftssicheren Organisation, die dem Bau einer künftigen Gesellschaft ein tragfähiges Gebälk geben will. Denn als solches kann die Organisation des Konsums angesehen werden, während der politischen Bewegung die Aufgabe zufällt, den Baugrund zu erobern, vorzubereiten und zu ebnen und der gewerkschaftlichen die Bausteine herbeizuschaffen und emporzutürmen.

Als die wichtigste Bestimmung des Statuts, das die Zusammenfassung und Verwaltung des neuen Verbandes regelt, ist unter dieser Voraussetzung § 3 anzusehen, der die Zwecke des Vereins behandelt. Neben der Sammlung und Organisation der deutschen Konsumvereine und Produktivgenossenschaften, der Fortbildung aller einschlägigen Einrichtungen und Rechte, der Anknüpfung von Beziehungen zu genossenschaftlichen Verbänden, der Rechtsbelehrung etc. ist es vor allen Dingen die Förderung aller auf Ausbau des Genossenschaftswesens gerichteten Bestrebungen und Verbreitung richtiger genossenschaftlicher Grundsätze, auf die das Hauptaugenmerk gerichtet sein soll. Hierbei vor allem sind die Frauen zur Mitarbeit berufen. An der Wichtigkeit des Kampfes um die Erhöhung der Löhne und die Regelung der Arbeitszeit zweifelt heute niemand mehr. Aber nicht entfernt so verbreitet ist die Einsicht in die große Bedeutung, die der Konsumgenossenschaftlichen Ausgestaltung des Einkaufs zukommt. Neben Hunderttausenden von Frauen, die dem Genossenschaftswesen gleichgültig oder verständnislos gegenüberstehen, gibt es andere Tausende, die es selbst mit Mißtrauen betrachten, die sich und anderen die scheinbaren Vorteile aufrechnen, die der Krämer seiner Kundschaft bietet. Und es gibt andere, Frauen von Mitgliedern, die zeternd, wenn sie die Konsumvereinsware im nächsten Laden um einen anscheinend billigeren Preis ausgestellt sehen, oder die in Scharen fahnenflüchtig werden, wenn einmal am Jahresluß die erhoffte Dividende ausbleibt. Es ist traurig, daß man den Frauen, die doch sonst so wacker an ihrer Fortbildung, an ihrer inneren und äußeren Selbständigkeit arbeiten, den Vorwurf der Rückständigkeit auf einem Gebiet machen muß, auf dem sie wie auf keinem anderen zu Hause und also auch Pioniere des Fortschritts sein müßten. Sagt uns denn nicht das kleinste Nachdenken, daß eine Vereinigung, die keinen privaten Nutzen herauswirtschaften, sondern nur im Interesse der Vereinigten selbst tätig sein will, unbedingt leistungsfähiger ist als der privatwirtschaftende Krämer, der dazu nicht selten durch Zahlungsschwierigkeiten

mannigfachster Art beim Einkauf gehemmt ist? Und scheint es billiger, so weil er es am Maße oder Gewicht fehlen läßt, weil er eine schlechtere und darum im Verbrauch weniger ausgiebige Qualität (mit einem halben Pfund guten Reis reicht man weiter als mit einem Pfund schlechten) gibt und was dergleichen Dinge mehr sind. Die einsichtige Hausfrau muß sich darüber klar sein, daß der Großeinkauf unendliche Vorteile bietet gegenüber der Erstehung in kleinen und kleinsten Quantitäten, und nichts anderes als Großeinkauf der Kleinen, als die zusammengefaßte Macht der wirtschaftlich Schwachen ist der Konsumverein.

Und zu dem unleugbaren persönlichen Vorteil gesellt sich ein allgemeiner. Die Macht der Schwachen ist der Zusammenschluß. Der Konsumvereinsverband, der Millionen von Konsumenten repräsentiert, wird zum Faktor, mit dem das gesamte Wirtschaftsleben rechnen muß. Er, der Großkonsument, vermag es, seinen großen, in nicht zu ferner Zeit vielleicht entscheidenden Einfluß in bezug auf die Regelung der Arbeitszeit und der gesamten Arbeitsbedingungen, der Lohnhöhe wie aller idealen Forderungen der Arbeiterschaft in einer ganzen Reihe von Arbeitszweigen in die Waagschale zu werfen. An den Frauen ist es, diesem Entwicklungsgang mit ihrem Verständnis voranzujelen und ihn nach Kräften zu fördern und zu beschleunigen, damit um so früher der Tag komme, an dem von dem jungen Verband das gilt, was Genosse Kagenstein als seine Aufgabe hinstellt, wenn er sagt (Nummer 9 des „Genossenschafts-Spionier“): „Er ist berufen, eine soziale und geistige Macht zu werden, die, aus starken wirtschaftlichen Wurzeln emporgewachsen, zum unwiderstehlichen Kampfe gegen das gemeinschädlich gewordene Überlebte und zur treuen Arbeit für eine reinere und gesündere Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens der Volksmassen ruft. . . . Auf der Grundlage des gleichen Rechtes für alle ruhend, nur dienend dem gemeinsamen Wohle aller, soll er ein Vorbild werden jener höheren und reineren Ordnung des Gemeinwesens, auf die alle echt genossenschaftliche Entwicklung hinarbeitet.“

Henriette Fürth.

### In eigener Sache.

Die kritischen Bemerkungen, mit welchen die „Gleichheit“ in Nr. 10 (siehe „Frauenbewegung“) das Eintreten des Vereins für Frauenstimmrecht“ in den Wahlkampf glossierte, haben der „Frauenbewegung“, beziehungsweise Frau Minna Cauer offenbar heftig die Galle erregt. Für diese Annahme spricht wenigstens ein Absatz des Leitartikels „Das alte Lied“ in Nummer 10 der genannten Zeitschrift. Frau Cauer verzichtet daselbst darauf, meine grundsätzliche Wertung der frauenrechtlerischen Aktion gestützt auf Gründe zu bekämpfen und ihre abgrundtiefe Irrtümlichkeit und Verworfenheit nachzuweisen. Za mehr noch: sie teilt den Leserinnen der „Frauenbewegung“ nicht einmal den sachlichen Kern der +++ Ausführungen mit und regaliert sie nur mit einigen Worten und halben Sätzen. Dafür entsendet sie von den wolkigen Höhen wohlfeilster sittlicher Entrüstung diese Donnerkeile auf mich herab:

„Daß die „Gleichheit“, beziehungsweise Frau Klara Zettin auch ihr altes Lied anstimmt von „innerer Schwäche“ und dem Sammel-

anständigen Lohn bezogen? Einen höheren, als Ihnen zukam, weil ich mit Ihnen Nachsicht hatte; schließlich sind Sie als Diebin gefangen!“ —

Er ging außer sich vor Zorn und Entrüstung hin und her. Das Kind, auf dessen Schulter sich die Alte stützte, folgte ihm mit großgeöffneten, blauen Augen, die Zuhörer wagten kein Wort zu sprechen.

Endlich kamen dem Weibe die Tränen. Gleichzeitig preßten sich ihr die zahnlosen Kinnbacken wie im Krampfe zusammen. Sie faltete die Hände, krümmte die Finger aneinander und begann am ganzen Körper zu beben.

„So haben Sie sich in Ihrem Alter um Zuflucht und Arbeit gebracht. Eine Diebin sind Sie geworden.“

Sie brachte noch immer kein Wort hervor. Es schien, als wollte sie sich nähern, und als ob ihr die Beine den Dienst versagten. Er hielt in seinem ruhelosen Marsche inne und sagte resigniert: „Holen Sie Genbarmerie!“

Die Alte brach bei diesem Worte fast zusammen. Ihre Hände lösten sich und flackerten in der Luft dem Herrn zu, wankend machte sie einige Schritte, wie um seine Füße zu umklammern, mühsam öffnete sich ihr Mund, und als ob die Tränen, statt nach außen abzurinnen, sich im Schlund vereinigt hätten, stammelte sie unverständliche Laute. Sie näherte sich wie ein Kind.

Niemand tat einen Schritt, den Befehl auszuführen.

„Wie oft haben Sie gestohlen? wie viel? wo verkaufen Sie das?“ —

„Nein — — nein — —!“

„Das ist Ihr Glück, bei Gott! — Und ich will Ihnen glauben, daß es das einzigemal ist — — verfluchte Bagage, diebische! — — Packen Sie sich und kommen Sie mir nicht mehr vor das Auge . . . . sonst! — —“

Als er draußen war, unterschoben sie ihr einen Stuhl, auf welchen sie sich hinfiel setzte.

„— — Herr Schneider — —“

Der junge Mann näherte sich ihr mitteilidig und faßte sie am Unterarm.

„— — Die Not — —“

„Ich weiß, ich weiß, kann mir es schon denken. Bei uns können Sie nicht bleiben, Schwabin, ich werde Sie aber in der Seidenfabrik unterbringen. Fürchten Sie nichts, Sie wissen ja, ich bin der Nefte vom Alten . . .“

„— — Junger, gnädiger Herr, nicht wegen meiner — — ich hab' — — ein Gnickerl — —“

Bankerl hatte gut kalkuliert. Bereits die nächste Lohnzahlung brachte ihm fünf Kreuzer Zulage für den Arbeitstag.

surium von politischen Gesinnungen und „Gesinnungslosigkeit“ (!!) der bürgerlichen Frauenbewegung nimmt uns nicht wunder, läßt uns aber sehr kalt, wenngleich der Vorwurf der „Gesinnungslosigkeit“ als ein ganz unerhörtes, um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen, bezeichnet werden muß. Wir sind jedoch an solche maßlose Ausdrücke dieser sozialdemokratischen Agitatorin gewöhnt. Ein sozialdemokratischer Zukunftsstaat, dessen Bürgerinnen solche Unterstellungen und Verdächtigungen mit Vorliebe aussprechen, erweckt gerade nicht die Hoffnung, daß in ihm sittlich höhere Kräfte die Oberhand gewinnen werden. Wenn Frau Zetkin dennoch wohlwollend „trotz aller Gebrechen, welche der Wahlaktion der Frauenrechtlerinnen anhaften“, dieselbe als „einen Fortschritt“ begrüßt, so läßt uns das ebenfalls kalt. Wir gehen unsere Wege trotz des Hohnes und Spottes von rechts und links und machen uns nicht der „Gesinnungslosigkeit“ schuldig, gegen unsere Überzeugung zu handeln. Wir versuchen, trotz der unerhörten und oftmals recht niedrigen Angriffe einer Frau Zetkin, der sozialdemokratischen Partei gerecht zu werden und hüten uns, dieselben Waffen zu gebrauchen, wie diese Agitatorin. Das ist unserer nicht würdig, dazu haben wir eine zu hohe Meinung von den Aufgaben der Frauen als neuer Faktor im Weltgetriebe, durch welchen sittlichere Mächte die Oberhand erlangen sollen.“

Ich ersuche die Leserinnen dringend, den vorstehenden Sätzen die misfätterische Notiz in Nummer 10 der „Gleichheit“ gegenüber zu stellen. Sie erhalten dann eine plastische Vorstellung von den „sittlich höheren Kräften“, über deren Sein oder Nichtsein sich Frau Cauer hangend und bangend in schwebender Pein den Kopf des „sozialdemokratischen Zukunftsstaates“ zerbricht. Es erübrigt sich auf die moralisierenden Phrasen einzugehen, welche sich zur Sache selbst bei der Dame eingestellt haben, wo die Begriffe fehlten. Wohl aber fordert ein kleinlicher persönlicher Kniff zur Abwehr heraus. Frau Cauer beabsichtigt, mich dadurch in die tiefste Jammerecke frauenrechtlerischer Verachtung zu schleudern, daß sie in billiger Spekulation auf den niedrigsten und borniertesten bourgeoisen Klasseninstinkt mich als „diese sozialdemokratische Agitatorin“ anspricht. Dieser erbärmlichen Spekulation gegenüber sei das Folgende festgestellt. Die bürgerliche Frauenbewegung, insbesondere aber gerade ihr „radikaler“ Flügel, hat keinen Anlaß, sich über mich als diese „sozialdemokratische Agitatorin“ zu beschweren. Umgekehrt: als „dieser sozialdemokratischen Agitatorin“ war mir die Möglichkeit gegeben, die Forderungen der sozialen und rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter, der vollen Frauenbefreiung, vor vielen Hunderttausenden zu begründen. Und ich habe diese Möglichkeit ehrlich genützt, auch in Kreisen, die der bürgerlichen Frauenbewegung noch verschlossen sind, und in die sich bis jetzt auch die „radikalste“ Frauenrechtlerin nicht gewagt hat. Als „sozialdemokratische Agitatorin“ konnte ich den Gedanken der Frauenemanzipation unter anderem vor 2000 Akademikern in Berlin verteidigen, ihn bis vor die katholischen Bauern in Süddeutschland tragen. Nirgends habe ich dabei dem erhabenen Beispiel des „Vereins für Frauenstimmrecht“ folgend die Forderung des Frauenwahlrechts in die Tasche gesteckt. Ich habe damit nicht mehr getan, als Hunderte von Sozialisten, insbesondere aber nicht mehr als alle unsere Genossinnen, die zum Teile länger oder weit intensiver agitatorisch tätig sind, als ich es zu sein vermag. Weshalb also Räuber und Mörder?

Nicht als Agitatorin, als Theoretikerin des Klassengegenesatzes und des Klassenkampfes in der Frauenwelt bin ich der deutschen Frauenrechtelei unbequem geworden und ihrer Feme verfallen. Ich bin der Störenfried, der ihrer Meinung nach den großen Ringelreihen der einen Schwesternschaft auseinandergeprengt hat, der sich in kindischem Behagen, unter dem Klingklang ideologischer Phrasen am bürgerliche Ziele drehen sollte. Die „Gleichheit“ hat die proletarische Frauenbewegung — die naturgemäß in ihren Anfängen unklar und schwankend sein mußte — prinzipiell wie taktisch in reinlicher Scheidung von jeglicher bürgerlichen Frauenrechtelei losgelöst, hat sie den geschichtlichen Tatsachen entsprechend auf den Boden des Klassenkampfes gestellt und dem allgemeinen Emanzipationskampf des Proletariats eingegliedert. Der sozialdemokratische Parteitag zu Gotha, der sich mit der Frauenfrage beschäftigte, hat entgegen den Hoffnungen harmoniegläubiger Gemüter die gezogenen Grenzlinien sanktioniert, indem er die von mir eingebrachte Resolution annahm, die bis heute den radikalen Frauenrechtlerinnen ein Stein des Anstoßes und Ärgernisses ist. Allerdings liegt die geleistete theoretische Aufklärungsarbeit nicht in einem äußerlich abgeschlossenen Ganzen vor, sondern ist in einer Menge von Artikeln zerstreut. Mir schien es notwendiger, das klare grundsätzliche Erfassen und Durchdringen der Frauenfrage mittels der Kleinmünze der periodischen Presse dem Bewußtsein der Massen zuzuführen. Immerhin ist meine theoretische Klärungsarbeit innerlich so in sich geschlossen und hat so erfolgreich den Charakter der proletarischen Frauen-

bewegung geprägt, ja auch auf die bürgerliche Frauenbewegung zurückgewirkt, daß nur die kleinlichste persönliche Gehässigkeit an dieser Seite meines Wirkens vorübergehen und auf mich als auf „diese sozialdemokratische Agitatorin“ lospauken kann. Daß gerade Frau Cauer das tut, läßt im hellsten Glanze ihren peinlich gewissenhaften geschichtlichen Wahrheitsinn erstrahlen, sowie die sonstigen „sittlich höheren Kräfte“, die sie „als neuen Faktor“ dem notleidenden „Weltgetriebe“ zuzuführen gedenkt. Eine stattliche Anzahl der theoretisierenden Artikel ist nämlich in Polemik gegen Frau Cauer und die frühere Mitherausgeberin der „Frauenbewegung“, Frau L. von Gizycki, entstanden, um ebenso aufdringliche als tölpelhafte Versuche zurückzuschlagen, das Klassenbewußtsein der Proletarierinnen mittels ideologischer Redensarten zu trüben und sie zu Schlepenträgerinnen einer total konfusen radikalen Frauenrechtelei zu machen, die sich mit Ethil schminkte und mit einem Tröpfchen sozialreformlerischen Oles salbte. Angesichts dieser Sachlage gereicht es der Herausgeberin der „Frauenbewegung“ zum besonderen Pech, daß ihr zu meiner „Brandmarlung“ nichts anderes einfiel als eine Bezeichnung, deren sich gewöhnlich nur die vulgärsten Lakaien des vulgärsten Scharfmachertums bedienen und etwa noch Polizeier in Kuchsnappel und Buxtehude, wenn sie ihrer vorgeetzten Behörde Bericht erstatten.

Vediglich dem groben Unfug, den Frau Cauer in niedrigster Absicht mit dem Ausdruck „sozialdemokratische Agitatorin“ getrieben, sei kräftig auf die sittlichkeitsduftenden Finger geklopft. Nichts liegt mir ferner, als die Bezeichnung selbst für meine Person zurückzuweisen. Meines Dafürhaltens steigt Jemand hinauf und nicht herunter, wenn er sich der großen Schar sozialdemokratischer Agitatoren und Agitatorinnen zugesellt, die in unseren Tagen der ekelhaftesten Mammons- und Erfolgsanbetelei ihrer Überzeugung getreu, unter Gefahren und Schmähungen selbstlos und aufopfernd der Sache des Sozialismus dienen. Es befinden sich unter ihnen sehr viele Persönlichkeiten, von denen jede einzelne ausreichen würde, ein paar Duzend Frau Cauer daraus zu fabrizieren. Ich erachte es deshalb als die höchste Ehre meines Lebens, daß ich „diese sozialdemokratische Agitatorin“ und „eine Frau Zetkin“ bin. Ich darf es ruhig aussprechen, es hängt der Einsatz eines ganzen Lebens und der ganzen Persönlichkeit daran.

Klara Zetkin.

Nachschrift: Vorstehendes war bereits gedruckt, als Nummer 11 der „Frauenbewegung“ in meine Hände gelangte. In derselben tobt Frau Cauer abermals den überschüssigen Reichtum ihres Geistes an der Sozialdemokratie im allgemeinen, an mir im besonderen aus. Unter dem vielversprechenden, aber grausam mißbrauchten Titel „Große Gesichtspunkte“ tangelt sie zunächst von den „großen Gesichtspunkten“ des Puppenstäbchens einer höheren Tochter mit Hängezopf und in kurzem Kleidchen die Sozialdemokratie ab. Ihre Hauptfunden sind: „das moralische Prosentum, die Überhebung, das Herunterziehen von allem, was die bürgerliche Gesellschaft betrifft, der Unfehlbarkeitsbünkel und zahllose Ungezogenheiten, welche vielfach an sogenannte „Lümmeljahre“ erinnern, aus welchen aber die Partei doch längst heraus sein sollte.“ Darauf lehrt Frau Cauer mit dem fatten Behagen eines Sichelstgeregten einen wahren Schmutzberg von Beschuldigungen, Schmähungen, Unterstellungen gegen mich zusammen. Warum? Weil ich mich erlaube, an den Taten und Nichttaten der radikalen Frauenrechtelei, insbesondere auch an denen des „Vereins für Frauenstimmrecht“ grundsätzliche Kritik zu üben. Ihrer Gepflogenheit getreu besprengt zwar Frau Cauer ihren Schmutzhaufen reichlich mit dem Parfüm eines leeren sittlichen Pathos, mengt ihm aber dafür nicht das dürrigste Fezchen einer sinngetreuen Wiedergabe meines sündhaften Standpunktes bei. Nur diese Tatsache sei neuerlich festgenagelt. Auf die persönlichen Beschimpfungen zu antworten, erachte ich unter meiner Würde. Es hiesse von dem Boden des Kampfes um das grundsätzliche Erfassen sozialer Probleme herabsteigen auf das Niveau eines Gezänks von Fraubasen, die sich aus dem Kaffeeklatsch bei Nachbars Linchen und Winchen zufällig in das öffentliche Leben verirrt haben. Ich scheue gewiß nicht den Kampf, auch nicht den schärfsten. Je nach dem Gegner und meinem Ermessen sechte ich mit spihem Florett oder mit wuchtigem Schlagfädel, ja unter Umständen schieße ich mit Kanonen. Dagegen lehne ich es auf das Entschiedenste ab, mit der einzigen Waffe zu kämpfen, welche — wie Figura zeigt — Frau Cauer zu handhaben versteht: es ist der Besen der Kantippe. K. Z.

### Koalitionsfreiheit!

„Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Diesen Mahnruf unseres großen Vorkämpfers haben die Frauen und Mädchen weit mehr Ursache zu beherzigen, denn die Männer. Geht doch allerorts die steigende Verwendung weiblicher Arbeitskraft Hand in Hand mit der steigenden Ausbeutung derselben. Oder richtiger gesagt, die Möglich-

keit, den Grad der Ausbeutung bei der Verwendung der weiblichen Arbeitskraft steigern, den Profit erhöhen zu können, ist die Ursache der fortgesetzt sich vergrößernden Nachfrage nach weiblichen Arbeitern. Auch hierbei tritt der Wahnsinn und die Gemeingefährlichkeit unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung klar in die Erscheinung. Die Frau, die der Gesellschaft gegenüber die hohe Aufgabe zu erfüllen hat, für die Erhaltung der Art, für die kommende Generation zu sorgen, die deshalb eines besonderen Schutzes, einer besonderen Berücksichtigung bedürftig, die mehr Ruhe und Pflege bedarf, sie muß als Arbeiterin oft länger, fast immer aber billiger arbeiten als ihr Kollege. Wird daneben ihre Tagesfron noch verlängert durch die Pflichten, die ihr obliegen als Mutter und Hausfrau, so wird ihre Pflege und Ernährung verschlechtert durch die niedrigere Entlohnung. Der Schutz gegen die kapitalistische Ausbeutung durch das Gesetz ist leider nur sehr minimal. Da heißt es denn: „Hilf dir selber“ durch den Zusammenschluß mit deinen Leidensschwwestern. Da aber steht das Gesetz, das eigentlich berufen sein sollte, die wirtschaftlich Schwächsten in besonderem Maße zu schützen, und ruft an allen Ecken und Enden der Frau ein „Halt! Bis hierher und nicht weiter!“ entgegen.

In dem einen Bundesstaat ist es den Frauen untersagt, Mitglied eines „politischen“ Vereins zu werden. Und was versteht unsere hochblöbliche Behörde nicht alles unter „Politik“. Hat eine Gewerkschaft in ihrem Statut den Passus, daß sie eintreten will für Abschaffung der Altkordarbeit, so heißt das nach polizeilicher Weisheit Politik treiben. Ein anderer Bundesstaat verbietet den Frauen die Teilnahme an einer öffentlichen Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden. Wird über den Lohn, die Arbeitszeit und die Notwendigkeit der Organisation gesprochen, so löst die heilige Hermandad auf, denn — „öffentliche“ Angelegenheiten zu erörtern ist nicht Sache der Frauen. Im gelobten Lande der Obotriten darf keine politische Versammlung stattfinden ohne ministerielle Genehmigung. Zuwiderhandlungen werden mit Auflösung der Versammlung und Bestrafung des Leiters geahndet. Redet man in einer Versammlung vom Sinken des Lohnes und von der Steigerung der Lebensmittelpreise, so erfolgt flugs die Auflösung, denn die tiefe sozialpolitische Einsicht des Ueberwachenden wittert darin Politik, dieselbe verdirbt jedoch den Charakter, ergo müssen unsere „lieben“ Frauen davor bewahrt bleiben.

Reaktionäre Fassung, sowie Auslegung und Handhabung der buntschekigen Vereinsgesetze unseres „einigen“ deutschen Vaterlandes gehen also Hand in Hand, um den Frauen ihr Koalitionsrecht zu rauben. Um die Dreieinigkeit voll zu machen, darf Unternehmerwillkür und Brutalität nicht fehlen. Der Beispiele sind Legion, die uns das beweisen. Statt vieler Fälle sei hier nur auf Fzertlohn und Piramasens verwiesen, wo tausende Frauen und Männer ausgesperrt wurden, um die Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu zertrümmern. Nicht laut, nicht oft genug kann deshalb die Arbeiterin den Auf erheben: Fort mit allen Bestimmungen, die uns hindern, im Zusammenschluß mit unseren Kolleginnen und Kollegen einen Rückhalt gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu suchen! Her mit einem freien, uneingeschränkten Koalitionsrecht! Strengste Bestrafung der Arbeitgeber und ihrer Helfershelfer, uns in der Ausübung unseres Rechtes zu hindern! Bedeutet doch die Möglichkeit, sich ungehindert organisatorischen Anschluß mit ihresgleichen suchen zu können, für die Arbeiterin die Gewißheit, sich durch eigene Kraft ein besseres Stück Brot, ein besseres Kleid, eine bessere Wohnung, mehr Zeit zur Ruhe, zur Erholung (und damit die Erhaltung der Gesundheit), mehr Zeit zum Familienleben, zur Bildung, kurzum mehr Lebensgenuss, mehr Lebensfreude erringen zu können. Mit der Verbesserung ihrer Lage wächst aber auch die Kraft und Fähigkeit der Proletarierin, mitzuarbeiten an dem Werke der Befreiung aus den Sklavenketten des Kapitalismus.

Auch die Frage des Koalitionsrechtes ist also ein Beweis dafür, welch lebhaftes Interesse die Frauen am Ausfall der Reichstagswahl haben. Bringt uns doch jede Stärkung der Sozialdemokratie der Erfüllung unserer diesbezüglichen Forderung näher. Deshalb Genossinnen, auf zur Reichstagswahl! Agitiert, arbeitet, wo ihr könnt für die Sozialdemokratie. Es gilt für Freiheit und Brot! Luise Zieh.

### Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Im Auftrag des Agitationskomitees für das östliche Westfalen sprach Genossin Zieh-Hamburg daselbst im April in 12 Versammlungen. Dieselben fanden statt in Bielefeld (5 Versammlungen), Minden, Lübbecke, Todtenhausen, Böhlfors, Hausberge und Brackwede. Sämtliche Versammlungen waren glänzend besucht, zum Teil überfüllt. Eine besondere Freude bereitete uns die Tatsache, daß überall die Beteiligung der Frauen eine große war. In Todtenhausen war es wohl das erstemal,

daß ganz alte Mütterchen und junge Mädchen eine Versammlung besuchten. Besonders die alten Mütterchen schienen sich über sich selbst zu wundern, daß sie den Mut gefunden, in die Versammlungen zu gehen. Einmal da, folgten sie mit ungeteilter Aufmerksamkeit dem Vortrag und gaben wiederholt ihrer Zustimmung lebhaften Ausdruck. Eine stattliche Anzahl Abonnenten wurden der „Gleichheit“ und der „Volkswacht“ gewonnen. — Am 1. Mai sprach Genossin Zieh in Bielefeld in dem neueröffneten Saale der „Zentralhalle“ über die Bedeutung des Tages und am Abend in einem Vororte Bielefelds. In beiden Versammlungen war die Beteiligung der Frauen eine sehr gute. L. Z.

**Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen.** In Radwiz in Preußen fand kürzlich eine Volksversammlung statt, die sich mit den bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigte. Die Frau des Leipziger Genossen, der das Referat hatte, wollte der Versammlung beiwohnen, mehrere Frauen des Ortes erschienen in der gleichen Absicht. Der Ueberwachende forderte jedoch nachdrücklich die Entfernung der Frauen. Unser Protest, daß sein Verlangen ungesetzlich sei, da es sich um eine öffentliche Versammlung handle, blieb erfolglos. Der Vorgang erweist wieder einmal, wie nötig es ist, daß die Frauen ihren Einfluß für den Sieg der Sozialdemokratie am 16. Juni ausbieten müssen, damit energische Vorkämpfer für ihre Gleichberechtigung in den Reichstag gelangen. Die von den Klassenbewußten Proletarierinnen schwer empfundene politische Entmündigung muß endlich fallen. A. F.

## Notizenteil.

### Weibliche Fabrikinspektoren.

**Ein selbständiger Bericht über die Tätigkeit der württembergischen Gewerbeinspektionsassistentin im letzten Jahre** ist dem allgemeinen Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten beigegeben. Der äußere Dienst der Assistentin hat sich auf die Revision von 442 Anlagen mit 20700 Arbeiterinnen und auf 45 Besprechungen mit Arbeitern und Behörden erstreckt. Über den Verkehr mit den Arbeiterinnen bei den Revisionen kann die Beamtin nur Günstiges berichten. Das Vertrauen zu ihr ist im Wachsen begriffen. Das zeigte sich namentlich, wo sie allein, ohne Begleitung des Arbeitgebers oder eines Meisters zc. die Betriebe inspizierte. Im allgemeinen ziehen es die Arbeiterinnen vor, ihre Beschwerden mündlich bei der Assistentin vorzubringen. Es gingen jedoch auch 17 schriftliche Beschwerden bei ihr ein, von denen 10 ganz und 3 teilweise begründet waren, 4 sich als unbegründet erwiesen. Die von der Assistentin eingerichteten Sprechstunden wurden von den Arbeiterinnen nicht benützt. Die Assistentin konstatiert, daß die Arbeitgeber sich mit den Lohnzahlungsbüchern für Minderjährige nicht befrenden können, und daß die Arbeiterinnen und Arbeiter — erklärlich genug — keine Sympathie für sie haben. Was die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zu gunsten der Arbeiterinnen anbelangt, so wird es mit der Einhaltung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit an den Sonnabenden „weniger genau“ genommen. Die Unternehmer halten vielfach noch immer an der Ansicht fest, daß die zur Reinigung der Maschinen und Arbeitsräume notwendige Zeit nicht zur Betriebsarbeitszeit zu rechnen sei. Sie verlangen deshalb, daß die einschlägigen Arbeiten von den Arbeiterinnen nach Schluß der gesetzlich festgelegten Arbeitszeit verrichtet werden. Die Gewerkschaftsorganisationen werden sich sicher angelegen sein lassen, die Herren „Arbeitgeber“ zur Respektierung der gesetzlichen Vorschrift zu erziehen, die so klar und unzweideutig ist, daß nur die schändliche Profitsucht über ihren Sinn im Zweifel sein kann. Jede Verlängerung der Arbeitszeit am Sonnabend bedeutet für die Arbeiterinnen eine Durchlöcherung der Sonntagsruhe, weil sie den Zwang in sich schließt, im Laufe der Woche liegen geliebene häusliche Verrichtungen auf den Sonntag zu verschieben. Je schmerzlicher es die Frauen und Mädchen empfinden, wenn sie den Sonntag zum Scheuer-, Wasch- und Flicktag machen müssen, um so klarer und fester sollten sie die Notwendigkeit erkennen, sich der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufes anzuschließen und für die gesetzliche Freigabe des Sonnabendnachmittags zusammen mit der Sozialdemokratie zu kämpfen.

### Soziale Gesetzgebung.

**Gegen die Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterinnen-schutzes** hat sich das profusichtige Unternehmertum erklärt. Durch die Zeitungen ging folgende Nachricht:

„Die vom Reichstanzler veranlaßten Erhebungen über die etwaige Herabsetzung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiterinnen sind nunmehr abgeschlossen. Die Arbeitgeber haben sich nahezu ausnahmslos, darunter auch diejenigen, die bereits von ihren Arbeiterinnen nur eine

zehnstündige Arbeitszeit bei einer Mittagspause von 1½ Stunden verlangen, entschieden gegen eine gesetzmäßige Festlegung solcher Arbeitszeit erklärt. Hauptsächlich wird geltend gemacht, daß ein gewisser Spielraum bestehen müsse, schon damit manche Betriebe, die (wie beispielsweise Färbereien) im Winter das knappe Tageslicht auszunützen hätten, in der Lage seien, die Mittagspause nur auf eine Stunde festzusetzen oder im Sommer elf Stunden arbeiten zu lassen, wenn besonders zahlreiche Aufträge vorliegen. Würde man ihnen dies durch die vom Reichskanzler ins Auge gefaßte Abänderung des § 137 der Gewerbeordnung unmöglich machen, so würde die Folge sein, daß sie Arbeiterinnen überhaupt nicht mehr oder nur in beschränkter Anzahl einstellen würden.“

Die Antwort der Herren Fabrikanten beweist, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben. Vergessen haben sie nicht das kleinste Titelchen des beschränkten Ausbeuterstandpunktes, der möglichst schrankenlose Ausnutzung der Arbeitskräfte fordert, zumal aber der billigen und willigen weiblichen Arbeitskräfte. Gelernt haben sie auch nicht ein Jota aus der Geschichte des gesetzlichen Arbeiterschutzes, insbesondere aus der Geschichte der Durchführung des Zehnstundentags der Arbeiterinnen — oder richtiger der Sechzigstundentage — in der englischen Fabrikindustrie. Und so hausieren sie noch heute gegen die gesetzliche Erklärung der täglichen Arbeitszeit der Arbeiterinnen mit den ältesten Ladenaufsehern, die nicht bloß durch die Theorie widerlegt worden sind, sondern auch seit mehr als einem halben Jahrhundert durch die Praxis. Wird die Regierung ein verständnisvolles Ohr haben für das eigennützige Begehren der goldhungerigen kleinen Klasse von Kapitalisten oder für den Notschrei des großen Heeres von Arbeiterinnen, die in Gestalt kürzerer Arbeitszeit ein Mehr an Gesundheit, Bildungsmöglichkeit, Lebensfreude, Mutterglück und Mutterpflicht fordern? Es verlautete zunächst, die Reichsregierung sei nach dem Abschluß der Erhebungen über die Herabsetzung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiterinnen zu dem Entschluß gelangt, von einer Abänderung der Schutzbestimmungen im § 137 der Gewerbeordnung abzusehen. Die Richtigkeit der Nachricht wurde offiziös bestritten. Welche aufgeklärte Proletarierin ist jedoch naiv genug, diesem Dementi Glauben zu schenken? Graf Posadowsky erklärte im Januar 1901 im Reichstag, daß das, was (bezüglich der Arbeitszeitverkürzung) für die verheirateten Arbeiterinnen gilt, auch für die unverheirateten wird Anwendung finden können. Dazu brauchen wir keine neuen „Erhebungen“. Ein Jahr später beantwortete der nämliche Staatsmann die sozialdemokratische Forderung des Zehnstundentags für die Arbeiterinnen damit, es müßten neuerliche Erhebungen veranstaltet und insbesondere in der wichtigen Frage auch die Meinungen der Herren Unternehmer gehört werden. Bedenkt man die Wetterfahrigkeit, mit der die Regierung sich in der Frage des Zollwuchers nach dem Willen der tollen Überzöllnerie gedreht hat und als annehmbar erklärte, was sie früher entschieden als unannehmbar verdammt: so muß jedes Vertrauen auf den Reformeifer der Regierung zu gunsten der Arbeiterinnen zusammenbrechen. Wollen die Arbeiterinnen der Regierung und den bürgerlichen Parteien wirksameren Schutz gegen die kapitalistische Ausbeutungsgewalt abtrotzen, so müssen sie mit dem gewerkschaftlich und politisch organisierten Proletariat kämpfen. Bei den Reichstagswahlen müssen sie ihren Einfluß ausbieten, damit die Sozialdemokratie, die einzige Partei gründlichen und ehrlichen gesetzlichen Schutzes der lebendigen Arbeitskraft, einen glänzenden Sieg erringt. Eroberung von Mandaten, riesiges Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen vor allem bedeutet ein Vorwärtsschreiten auf dem Wege des Schutzes der lebendigen Arbeiterin gegen das tote, ausbeutende Gold.

### Bürgerliches Recht der Frau.

Mit der **privatrechtlichen Stellung der Frau** beschäftigten sich die gesetzgebenden Körperschaften Schwedens. Die erste und zweite Kammer hatte seinerzeit eine Resolution angenommen, betreffend die Mündigkeit der Frau, ihr Recht, „über sich selbst und ihr Eigentum zu verfügen und zu bestimmen“. In der Folge machte der Gesetzgebungsausschuß den Kammern den Vorschlag, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzes zu ersuchen, durch das „ohne wesentliche Änderung der bisherigen Grundsätze“, das heißt ohne Reform zu gunsten der Frau, die rechtliche Stellung der Frau klarer und folgerichtiger bestimmt wird. Die beiden Ausschußmitglieder Lindhagen und Boude legten gegen den Vorschlag Verwahrung ein und forderten eine Gesetzesänderung, welche zwar das allgemeine Güterverwaltungsrecht des Mannes aufrecht halten, aber die Vormundschaft des Ehemannes über die Ehefrau im übrigen aufheben sollte, so daß die verheirateten Frauen vor dem Gesetz gleichermaßen mündig wären, als die unverheirateten. Nach kurzer Verhandlung nahm die zweite Kammer ihren Vorschlag ohne Abstimmung an. Nicht ein einziger Redner trat

für den Vorschlag des Gesetzgebungsausschusses ein. Derselbe wurde dagegen in der ersten Kammer mit 51 gegen 48 Stimmen abgelehnt, welche sich prinzipiell gegen jede Änderung des Gesetzes erklärten.

### Frauenbewegung.

Der **Verein der freisinnigen Volkspartei in Hamburg hat die Zulassung weiblicher Mitglieder beschlossen**. Die wichtige Entscheidung fiel am 22. Mai in einer außerordentlichen Generalversammlung, welche sich mit der betreffenden Satzungsänderung beschäftigte, die vom „Verein für Frauenstimmrecht“ beantragt worden war. Der reformierende Beschluß wurde mit Zweidrittelmajorität gefaßt. Jedenfalls wird das Beispiel von Hamburg ermunternd auch auf andere freisinnige Vereine in Bundesstaaten zurückwirken, wo den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Organisationen nicht gesetzlich verwehrt ist. Dort aber, wo dieses Unrecht besteht, ist ein neuer Faktor geschaffen, der zum Kampfe dagegen anspornt. Der anerkanntswerte Erfolg, den die Frauenrechtlerinnen errungen haben, ist auf Rechnung ihrer Wahlaktion zu setzen, auf Rechnung der praktischen Preisgabe des alten Dogmas, daß die Frauenbewegung „parteilos“ sei und parteilos bleiben müsse.

Die **frauenrechtlerische Werbetrommel für den Freisinn** hat Fräulein Augspurg nun auch in Berlin gerührt. Die Versammlung, in der es geschah, war im Auftrag des „Vereins für Frauenstimmrecht“ einberufen, der in der Theorie allen Parteien gleich neutral gegenübersteht, dessen Führerinnen aber in der Praxis für den Freisinn kämpfen. Mit der holden politischen Unbefangenheit eines sechzehnjährigen Backfisches unterschied Fräulein Augspurg zwischen „einseitigen Interessenparteien“ und „idealen Parteien mit idealen Zielen“. Als erstere erklärte sie Konservative, Zentrum und Sozialdemokratie in Acht und Bann, als letztere fanden Gnade vor ihren Augen die Nationalliberalen, die Nationalsozialen, die Freisinnige Vereinigung und vor allem die freisinnige Volkspartei. Der Sozialdemokratie gab die Rednerin den urpuzigen Rat, vom Klassenkampf abzusehen und mit den freisinnigen Parteien gemeinsam die Pfade der sozialen Reform zu wandeln. Als abschreckendes Beispiel dafür, daß die Sozialdemokraten in puncto Frauenrechte unzuverlässige Kantonisten seien, plauderte Fräulein Augspurg dem Publikum das Märchen vor, das Frauenwahlrecht sei in Belgien an dem Widerstand der Sozialisten gescheitert. Daß der Freisinn „vielleicht“ auf dem Gebiet der sozialen Reform nicht tätig genug gewesen, behandelte die Dame mit jener Milde, die einem „Schönheitsfehler“ gegenüber geizt. Stadtverordneter Kreitling, der freisinnige Kandidat für den zweiten Berliner Wahlkreis, wo die Versammlung stattfand, empfahl sich dem Wohlwollen der anwesenden Frauen, „jungen Mädchen und jungen Damen“. Wo die Grenzlinie zwischen „jungen Mädchen“ und „jungen Damen“ liegt, darüber äußerte er sich nicht. Dagegen ließ er keinen Zweifel bestehen, daß er ein viel weitergehender und sicherer Verfechter der Frauenrechte ist, als die ihre Forderungen „überspannende“ Sozialdemokratie. Herr Kreitling versicherte, daß er nicht bloß für die Wünsche, sondern auch für die berechtigten Forderungen der Frauen eintreten werde. Da er sich über die Forderung des Frauenstimmrechtes ausschwie, so zählt dieselbe seiner Meinung nach offenbar nicht zu den „berechtigten“ Reformen, die seiner Fürsorge teilhaftig werden sollen. An die beiden Referate knüpfte eine lebhafteste Diskussion an. Genossin Braun stellte der feichten Phraseologie die positiven, harten geschichtlichen Tatsachen gegenüber. Sie wies nach, daß der Klassenkampf nicht eine sozialdemokratische Erfindung, sondern eine Tatsache sei. Niemand bestreite den bürgerlichen Frauen das Recht, sich den Parteien ihrer Klasse anzuschließen, aber es sei strafbare Unklugheit, ja Verrat, wenn Frauen, die angeblich für Frauenrechte kämpfen, die Freisinnigen gerade in Wahlkreisen unterstützen, wo ihnen in Sozialdemokratie die entschiedensten Verfechter der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes entgegenstehen. Unter lebhafter Zustimmung eines großen Teiles der Versammlung geißelte Genossin Braun scharf und sachkundig die arbeitgeberfeindliche Haltung des Freisinns gegenüber wichtigen Reformfragen, wie Invaliditäts- und Altersversicherung, Neunuhr-Ladenschluß, Ausdehnung des Kinderschutzes auf die Landwirtschaft etc. Sie betonte, daß die Lösung der Frauenfrage nicht darin liege, daß ein paar Dutzend Frauen Ärztinnen würden, vielmehr in der Befreiung der Millionen von Arbeiterinnen. Der Sieg der Sozialdemokratie bringe uns auch der Emanzipation der Frau näher. Reicher Beifall bekundete die Übereinstimmung mit ihren glänzenden Ausführungen. Herr Kreitling und Fräulein Augspurg bemühten sich, den Eindruck derselben abzuschwächen, ersterer beschwor zu diesem Zwecke sogar das schauerliche Gespenst des Kinderraubs im sozialistischen Zuchthausstaat. Die Niederlage der freisinnigen Frauenrechte konnte dadurch nicht einmal vertuscht, geschweige denn in einen Sieg verwandelt werden.